

Nur die Kommunisten für die Dortmund Opfer und für menschenwürdige Beamtenlöhne

Aufhebung der Immunität von Renner

Landtag

Als erster Punkt wurden die beantragten Aufhebungen der Immunität begründet.

Während bei allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Angehörigen die Aufhebung verweigert wird, beantragt man gegen die Genossen Renner und Lieberach Aufhebung.

Genosse Böttcher erklärt, daß diese Entscheidung die Masse vom Gesicht der „Wohlanständigkeit“ reißt. Die Aufhebung hat man sonst immer begründet, da sich die Abgeordneten doch rechtfertigen wollen; hier aber hat man in allen Freizügigen gegen alle außer Kommunisten die Strafverfolgung verweigert. Aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß hier die Kritik in der Presse erwürgt werden soll. Damit ist die Pressefreiheit erledigt. Und hier zeigen sich die Sozialdemokraten wieder als Begleiter der Reaktion, diese Kritikbescheidung soll eine neue Verhinderung vorbereiten, da doch von dem Amtsantritt Hindenburgs ab dieser nicht mehr als das gekennzeichnet werden kann, was er ist: Menschenhändler! (Stürmische Zurufe auf der Rechten und bei den Sozialdemokraten.) Sehr treffend zeigt Böttcher die Schuld der Sozialdemokraten am Vorkaufs der Reaktion auf. Dabei fühlen sich die Sozialdemokraten so getroffen, daß sie in hysterisches Geschrei ausbrechen. Genosse Böttcher erklärt, daß die Kommunisten den Arbeitern klar machen werden, daß diese Justizreaktion nur niedergelämpft werden kann, wenn man geschlossen die Hindenburg-Reaktion auf allen Gebieten zerhackt. (Lebhafte Bravo! bei den Kommunisten. Lärm bei der Rechten. Lieberach ruft: „Nieder mit dem Menschenhändler Hindenburg!“ Erneuter Lärm.)

Gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten wird Strafverfolgung einstimmig verweigert.

Nur Renner wird die Immunität entzogen.

Dagegen wird mit Stimmengleichheit in einem von 38/37 Stimmen in anderer Halle die Immunitätsaufhebung von Lieberach abgelehnt.

Beim zweiten Punkt der Notverordnung betr. Eberstein erklärt Siewert, daß die Kommunisten nicht daran denken, einem Verräter Ehren auszugeben, dem Begleiter des Massenmörders Hindenburg gemäß die Arbeiterkassen seine Ehren. Ebert habe zu sehr für Hindenburgs und Ludendorffs Sicherheit gesorgt und zu offen seinen Verrat beim Munitionsarbeiterstreik zugegeben, als daß noch ein Massenbewußter Arbeiter diesem Verräter Ehren zugeht. Wie er für den Massenmörder Hindenburg seine Ehrerbietung übrig haben wird. (Lebhafte Bravo. Die Sozialdemokraten winden sich.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Beim dritten Punkt Beamtenbelohnungsgeheim erklärt Genosse Gabel, daß dieses Gesetz nach dem Grundgedanken: alles den oberen, nichts den unteren Beamten, aufgebaut ist. Die Zulagen der oberen Beamten sind höher als das Gesamtgehalt eines unteren Beamten. Die Politik des Damesgutachtens schreibt eine solche Bevorzugung vor, und man beachte sich, dem nachzukommen. Die Kommunisten haben Anträge eingebracht, die den unteren und mittleren Beamten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die höchsten Zulagen sollen den unteren Beamten gezahlt werden.

Anträge Gabel werden gegen die Kommunisten abgelehnt, der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der 4. Punkt hat einen Antrag zugrunde, die Erlaubnis zum Verkauf von Konzessen und Zigaretten in Selbsterwerbshäuschen den Bestimmungen des § 41a der Gewerbeordnung zu unterwerfen. Die Eisenbahnverkaufsstellen müssen ebenfalls der Gewerbeordnung unterworfen werden.

Beschlossene Anträge werden erledigt.

Der Punkt 7 bringt die zweite Beratung des Antrages Ferry und Genossen betreffend Maßnahmen anlässlich des Grundbesitzes auf der Zeche „Rustler Stein“.

Genosse Lieberach begründet die Anträge der Kommunisten, die Verhaftung der Direktion durch das Reich, die sofortige ausreichende Entschädigung der Hinterbliebenen, die Erweiterung des Kontrollrechtes der Betriebsräte, die Überprüfung aller Schachtanlagen durch Arbeitskontrollkommissionen, Verbot des Prämienstems auf Zechen und Bergwerken, Einführung der 7-Stundenarbeit unter Tage und eine Abprozentige Lohnerhöhung. Genosse Lieberach zeigt die Erbarmlichkeit der Regierungsanwort auf diese Forderungen, die versucht, alles zu verschleiern und der direkten Beantwortung aus dem Wege zu gehen. Er führt aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses an, daß ein Verhulden der Direktion vor-

liegt, die Regierung habe keine Zeitung gelesen, sonst hätte sie diese Feststellungen wissen müssen. Die Anträge der Kommunisten wurden im Ausschuss von allen Parteien abgelehnt, abgesehen ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei im Ausschuss Bergarbeiterverbandsmitglied ist und obgleich derselbe selbst anführte, daß die Bergarbeiter Sicherung gegen diese Ausbeutung ihrer Arbeitskraft verlangten. Gen. Lieberach verliest die Forderungen der Bergarbeiter, die sich mit denen der Kommunisten decken. Die Forderungen hat Langhans, der Angestellte des Bergarbeiterverbandes, niedergelesen. Lieberach beantragt, den Ausführungen zuzustimmen.

Langhans verteidigt sich kläglich. Er lehne die Anträge der SPD. weiter ab.

Die Anträge der Kommunisten werden von der ganz großen Koalition abgelehnt. Nur die Kommunisten stimmen für die Forderungen der Bergarbeiter. Die Anträge der Mehrheit werden gegen kommunistische Stimmen angenommen.

Die Beratung der Vorlage 181 wegen Ermächtigung der Regierung zur Erhöhung des Anteils des Staates am Stammkapital des „Säch. Heim“, Landes-Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaft Dresden führt zu einer Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen, die für die privaten Bauunternehmer eine scharfe Attacke teilen.

Gen. Siewert erwidert den Deutschnationalen, daß die Gesellschaft „Säch. Heim“ nur Vermittlung und Anregung für Bauten bearbeitet, wir leben gerade einen Mangel daran, daß die Gesellschaft nicht selbständig Bauten durchführt und Wohnungen in eigener Regie schafft. Gerade das wäre angebracht. Zugleich zeigt die Vorlage, daß die Aufhebung der Zwangsverhältnisse keinesfalls die Aufhebung der Wohnungsnot bedeuten würde. Es gibt Wohnungen, die nicht bezahlt werden können, weil die breiten Arbeiterschichten zu schlecht bezahlt sind. Nur Arbeiter können sich diese Wohnungen in der freien Wohnungswirtschaft leisten. Das „Säch. Heim“ soll leihweise Wohnungen bauen, dann könnte sie helfen wirken. Die Siedlungen müssen gefördert werden. Es muß Siedlungsland geschaffen werden, indem man die Futtergüter aus den Händen einer Familie nimmt und sie aufteilt. Aber all diese Fragen werden nicht hier gelöst, sondern nur durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. Trotzdem werden die Kommunisten für das „Säch. Heim“ stimmen, sie fordern aber, daß die Siedlungsgesellschaft selbst Bauten durchführt.

Die Vorlage 181 zur Erhöhung des Anteils des Staates am Stammkapital „Säch. Heim“ wird schließlich zur weiteren Beratung dem Haushaltsausschuss A. überwiesen.

Zu dem Antrag des Abg. Köhner und Genossen, Gewährung von 70000 Mark einmaligen Staatsbeitrages an die Jahreslohn Deutscher Arbeit erklärt Genosse Ellendt, daß mit Kommunisten keine Urteile haben, für die Reklame der Privatunternehmer Staatsgelder zu bewilligen.

Der Antrag wird mit 35 gegen 33 Stimmen abgelehnt; dagegen wird ein Antrag Schürich, 25000 Mark Bürgschaft zu bewilligen, angenommen.

Zu dem Antrag der Kommunistischen Fraktion, die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit betreffend, erklärt Genosse Lieberach: Die Sozialdemokraten kämpfen noch außen hin den Arbeitern gegenüber für den Achtstundentag, aber hinter den Kulissen und in den Parlamenten laborieren sie jede geistliche Hölle der achtstündigen Arbeitszeit. Die ganze Politik der Sozialdemokraten ist immer eine Politik des Stützgebühaltens gemessen. Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die stets für die Interessen der Arbeiter kämpft. Die SPD wird auch in der heutigen Abstimmung beweisen, daß sie gegen die Wiedereinführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben ist.

Der Präsident erteilt trotz geschlossener Debatte seinem Gesinnungsgenossen Langhans das Wort. Als Menke die Erwartung ausdrückt, daß Präsident Winkler in Fällen, wenn sich keine Parteifreunde nach geschlossener Debatte zum Wort melden, er ihm Vorschläge ebenfalls erteile, erklärt Winkler, daß er nicht daran denke.

Die kommunistischen Anträge auf Wiedereinführung des Achtstundentages werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Sozialdemokraten bewiesen damit aufs neue, wie heuchlerisch ihr Geschrei für den Achtstundentag ist und daß sie ihre Aufgabe nur in der Benachteiligung und Einschüchterung der Arbeiter sehen. Die Arbeiter aber können selbst aus diesen Landtagsverhandlungen erkennen, daß sie nichts mehr gemein haben dürfen mit dieser Vorparlament der Bourgeoisie und deren Institutionen.

nach Japan zu schicken, damit dieser japanische Truppen zur Unterstützung des Aufstandes herbeiziehe.

Dieses Gespräch wurde sofort dem revolutionären Komitee nach Petersburg mitgeteilt. Die Verbindung mit Petersburg war in unseren Händen. In Helsingfors herrschte Ruhe und Stille. Es gab niemand, der Widerstand hätte leisten können. Um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden, zirkulierten verstärkte Matrosenpatrouillen durch die Stadt.

Der 24. Oktober. Am Morgen ist alles ruhig. Gegen Mittag treffen aus Petersburg einige Telegramme ein, die von dem bevorstehenden Aufstand berichten. Die Telegramme werden an die nordwestliche Front weitergegeben. Alle Regierungstelegramme werden aufgefangen. Die Führung im Zentralkomitee wird drei Personen anvertraut: Awertschkin, Hamrin und Dnbensko. Auf allen Schiffen und in allen Infanterieregimentern sind Wachposten aufgestellt. Außer der diensttunenden Mannschaft steht auf jedem Schiff eine bewaffnete Kompanie in voller Kampfbereitschaft. Die für den Transport nach Petersburg bestimmte Munition liegt bereit. Die Jüge für die Mannschaft werden zusammengestellt. Die Reparatur der Minenschiffe wird mit höchster Eile betrieben. Sie soll am Morgen beendet sein. Um acht Uhr abends trifft ein Telegramm aus Petersburg ein:

„Zentralkomitee — Dnbensko. Sendet die Sakungen. Antonow-Dwhejenko.“

Die Flotte erhält den Befehl: die für den Transport bestimmten Kompanien haben Punkt 24 Uhr auf dem Bahnhof zu sein. Auf dem Bahnhof ist eine Kommandatur eingerichtet. Vom nächsten Morgen an — auf allen Stationen bis Petersburg. Den Transport und die Weiterführung der Jüge haben die Kommandanten und die Vorgesetzten der Truppen zu leiten.

Aber die Minenschiffe sind nicht fertig. Ich rufe den Kommandierenden der Flotte, Rasmojew, und den ältesten Mechaniker. Ich wende mich an Rasmojew: „Werden

Der wahre Zweck der sächsischen Barmat-Schiebungen

Öffentliche Untersuchungsausschuss-Sitzung am 8. Mai.

Die sehr gefärbten Mitteilungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ scheinen der Zuschuß benutzen zu wollen, um die Öffentlichkeit auszuschließen. Diesmal begnügte man sich zu Beginn der Sitzung die Presse um objektive Berichterstattung zu mahnen. Bei der Vernehmung des Zeugen Dr. Aken, der mit dem Lebensmittelgeschäft nichts zu tun gehabt haben will, wird festgestellt, daß im Oktober und November 1920 das erstmalig der Name Barmat (Amexima) ihm gegenüber genannt worden war. Schwarz habe damals ausländische Aufträge herangeführt, die die Gebr. Barmat übernehmen sollten, unter anderem auch Rohproduktengeschäfte mit Georgien. Hierbei handelt es sich um Julius oder Herschel Barmat. Im Verlaufe der Vernehmung wird festgestellt, daß Barmat in Begleitung georgischer Reichsbeamter (eines sogenannten Delegierten der georgischen Republik) Geschäfte mit Georgien, damals von Menschewiki regiert, vermitteln wollte. Wegen der damals schon drohenden Revolutionsgefahr hat man aber flüchtig davon abgesehen. Gleichzeitig wurden Beziehungen mit dem Herrlichen belgischen Arbeitsminister festgestellt, auf Grund deren man eine dreitägige Reise nach Brüssel machte, zwei Tage glänzend lebte und erst dann zur Verhandlung schritt. Für das Geschäftegebahren Barmats ist charakteristisch, daß er „alles verstand“, Lebensmittel und Industrieartikel vermittelte er gleich „großartig“. Bei der Vernehmung des Direktors der Fettstoff-W.G. Gohweiler stellte sich heraus, daß dieser Barmat zuerst in einem Eisenbahncoupe auf der Fahrt nach Holland kennen lernte und dann mit ihm in Verbindung trat. Barmat hatte damals schon Geschäfte mit Berliner Reichsstellen getätigt.

Widerlich ist die heuchlerische Steuervermeidung dieses Direktors, daß er nur „aus Heimatliebe“ die Geschäfte in Sachsen vermittelt habe, „um der großen Not abzuhelfen“. Schöne Heimatliebe, an der man Reiensummen verdient hat.

Der Zweck war einfach der: Die rebellierenden Arbeiter sollten beruhigt werden, man kaufte Lebensmittel auf Kredit, ganz gleich wie teuer, um die Hungernden vor dem Aufstand zurückzuhalten, um ihre Rebellion gegen das Ausbeuterregime zu ersticken, warf man ein paar Broden hin, hielt sie so vom Kampf zurück, heute währenddessen den Nachtapparat besser auf, bis man so stark war, die Hungernden in die Knie zu zwingen. Und dann holte man das wieder mit Zinsen heraus, was man ihnen „geschenkt“ hatte. So sah die Wohlfahrtsfähigkeit des Sozialdemokraten Schwarz und des Demokraten Dr. Reinhold, der an diesen Geschäften ebenso beteiligt war, in Wirklichkeit aus.

Nächste Sitzung im Laufe übernächster Woche.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale an die Streikenden in Dänemark

Kopenhagen, 6. Mai. (Inprekorr-Telegramm.) Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale richtete an die streikenden Arbeiter Dänemarks folgenden Aufruf: „Das Vollzugsbureau der R.G.I. sendet den streikenden und ausgeperrten Arbeitern Dänemarks einen herzlichen Gruß und wünscht ihnen, daß sie im Kampfe standhalten und ausbarren. In eurem bisher verhältnismäßig friedlichen Lande führt das Kapital eine Offensive, wie überall. Kompromisse und Bereinigungen können die wachsende Verschärfung des Klassenkampfes nicht aufhalten, können den Druck des organisierten und konzentrierten Kapitals nicht schwächen. Nur die Solidarität in euren Reihen, die Hilfe und Unterstützung aller Arbeiter, der feste Kampfwille der Ausgeperrten, die Einheitsfront mit den Arbeitern anderer Länder können euch im Abwehrkampf gegen das Kapital zu einem Erfolg verhelfen. Nur die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung kann die Möglichkeit derartiger frecher Unternehmungen verhindern. Die Lehren eures Kampfes müssen als neuer Anstoß zur Einheit dienen. Hoch die internationale Solidarität! Hoch die internationale Gewerkschaftseinheit!“

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Reubog“ Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionzeit“

von P. G. Dybenko

Deutsch von Eduard Schiemann
Verlag Carl Heym, Dtsch. Kautz, Kohnen, Hamburg 8

(31. Fortsetzung)

Am Schluß der Sitzung in Helsingfors wird die Resolution des Zentralkomitees verlesen, in der gesagt wird, daß die Flotte keinerlei Kompromisse und feinerer Abweichungen von den Beschlüssen der Konferenz der Baltischen Flotte dulden werde. Selbst wenn die Versammlung einen gegenseitigen Beschluß fassen würde, nähmen die Fraktion der Bolschewisten und der Zentralkomitee die ganze Verantwortung für die Aktion auf sich. Neue Mitglieder des Zentralkomitee, die zum linken Flügel der Sozialrevolutionäre gehörten, stimmten alle für die Resolution des Zentralkomitee. Die Versammlung nimmt die Resolution des Zentralkomitee an. Es werden drei Mitglieder gewählt, die die ganze Operation leiten sollen, man versteht uns mit unbeschränkter Vollmacht. Wir müssen Verhandlungen mit den finnischen Kommunisten an — über den Umsturz in Finnland und die Wächtergreifung. Die finnischen Genossen schwanken noch: „Wenn ihr es ablehnt, uns zu unterstützen, dann führen wir den Umsturz allein durch. Dann werdet ihr gezwungen sein, die Macht im Lande zu übernehmen.“ Nach langen Verhandlungen erklären sich die Finnländer dazu bereit.

In der Nacht lassen wir die übriggebliebenen Vertreter der Koalitionsregierung verhaften. Vor der Verhaftung Raschows fangen wir sein Gespräch mit dem Fürsten Enow auf, in dem der Letztere ihm aus Petersburg mitteilt, daß in Petersburg die Anarchie beginnt. Die Bolschewisten bereiten sich vor, die Regierung mit bewaffneter Hand zu stützen. Truppen von der Front setzen herbeigerufen. Man habe beschlossen, Kerenski

die Minenschiffe am Morgen flott sein? Der Mechaniker: „Nein. Sie werden erst in zweimal vierundzwanzig Stunden kampfbereit sein.“

„Warum? Ist der Befehl nicht befolgt worden?“

„Ich lasse die Mechaniker und die ältesten Maschinisten von den Minenschiffen kommen. Einer nach dem anderen erscheinen sie im Zentralkomitee. Auf die Frage: werden die Minenschiffe am Morgen fahrbereit sein, antworten sie: Punkt acht Uhr werden die Minenschiffe den Hafen von Helsingfors verlassen. Die Matrosen der Minenschiffe schlafen schon die dritte Nacht nicht. Sie arbeiten Tag und Nacht. Sie sind von dem Wunsch besetzt, den ihnen erteilten Auftrag, über dessen Größe und historische Bedeutung sie sich klar sind, rechtzeitig durchzuführen. Und sie haben es fertiggebracht, sie sind dem revolutionären Befehl nachgekommen!“

Als die Maschinisten fort waren, schüttelten der Admiral Rasmojew und der älteste Mechaniker zweifelnd die Köpfe:

„Das ist unwahrscheinlich. Ich glaube nicht, daß die Minenschiffe am Morgen fertig sein werden.“

„Sie brauchen nicht daran zu glauben, daß die Minenschiffe fertig sein werden, aber Sie tragen die Verantwortung für die Kommandeure.“

„Zu Befehl!“ Sie gehen.

23 Uhr. Aus Petersburg ruft Genosse Baranow an. Ich gehe an den Apparat.

Baranow: „Die Stimmung ist gespannt. Können wir auf eine rechtzeitige Unterstützung hoffen? Die Zentralkomitee ist in unseren Händen. Die Regierung ist kopflos. Jeden Augenblick kann der Aufstand beginnen. Wird die Hilfe rechtzeitig eintreffen?“

„Die Minenschiffe gehen frühmorgens ab. Die Transporte sind unterwegs.“

„Ich werde es dem revolutionären Kriegskomitee mitteilen.“

(Fortsetzung folgt.)